

Demokratie gewinnt!

Tagungsdokumentation

**Diakonie für
Menschen**

**Dokumentation des
Fachtagung am
16. Februar 2015**

März 2015

-  Courage zeigen
-  Verantwortung übernehmen
-  Nächstenliebe leben



Demokratie gewinnt!

Inhalt

Tagungsbericht

Tagungsprogramm

Die Veranstaltung wird in Kooperation mit den Landesverbänden der Diakonie Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Mecklenburg-Vorpommern, Mitteldeutschland und Sachsen durchgeführt.

www.demokratie-gewinnt.de

Fotos: Diakonie/Hermann Bredehorst

Gefördert durch das Bundesministerium des Innern im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“.

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Dokumentation der Tagung „Demokratie gewinnt!“

Am 16. Februar 2015 fand im Gebäude des Evangelischen Werks für Diakonie und Entwicklung in Berlin-Mitte eine Tagung für eine erste Bilanz des Projektes „Demokratie gewinnt!“ statt. Ulrich Lilie, Präsident der Diakonie Deutschland, hob dabei die Bedeutung von „Demokratie gewinnt!“ in der aktuellen politischen Situation hervor und rief für weiteres Engagement für Demokratie und gegen Fremdenfeindlichkeit auf. Barbara Eschen, Direktorin des Diakonischen Werkes Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, ehrte die Programmteilnehmenden, die sich als „DemokratieberaterInnen“ qualifiziert hatten. Die ostdeutschen Landesverbände der Diakonie gestalteten eigene Beiträge, in denen sie über ihre Projektarbeit informierten. Der Journalist Toralf Staud berichtete über aktuelle Entwicklungen in der extremen Rechten. Die Soziologin Dr. habil. Hilke Rebenstorf informierte über die laufende Rechtsextremismusstudie der EKD.



In ihrer Begrüßung beschrieb **Petra Zwickert (Leitung des Zentrums Migration und Soziales, Diakonie Deutschland)** den Entwicklungsprozess, aus dem der Projektverbund „Demokratie gewinnt!“ entstand. Ziel ist es, innerhalb der Diakonie nachhaltige Strukturen zu schaffen, die dauerhaft gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit wirken. Zwickert wies darauf hin, dass Kirche keine gegen menschenfeindliche Einstellungen gefeite „Insel der Glückseligen“ ist.

Deshalb ist es der Diakonie wichtig, Mitarbeitenden das nötige Hintergrundwissen und Handwerkszeug zu vermitteln, damit sie im beruflichen Alltag auf Diskriminierungen und menschenfeindliche Äußerungen angemessen reagieren können.



Im anschließenden Grußwort setzte **Ulrich Lilie (Präsident der Diakonie Deutschland)** das Projekt „Demokratie gewinnt!“ in Bezug zu aktuellen Ereignissen und politischen Entwicklungen. Die Demonstrationen von Pegida in Dresden und andern Orts sowie die erschreckend hohe Zahl von Übergriffen auf Flüchtlingsunterkünfte führen vor Augen, wie dringend notwendig ein aktiver Einsatz für Demokratie und gegen Diskriminierung ist. Hierbei darf nicht nur ein Handlungs-

bedarf bei anderen identifiziert werden: Die kirchlichen Institutionen müssen sich als Teil des Problems verstehen, um für eine menschenfreundliche und pluralistische Gesell-

schaft eintreten zu können. Lilie appellierte an die Anwesenden, eine „Gemeinschaft von versöhnten Verschiedenen“ als gelebte Realität anzustreben.



Barbara Eschen
(Direktorin, Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz) ehrte im darauffolgenden Programmpunkt die neu ausgebildeten „DemokratieberaterInnen“ und überreichte ihnen die Zertifikate. In ihrer Ansprache zitierte Eschen aus dem Beschluss der Landessynode der EKBO vom Mai 2009: „Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sind nicht mit dem christlichen Glauben

vereinbar, (...) Sie stehen im Widerspruch zum Versöhnungshandeln Jesu“. Laut Eschen ist es eine große Herausforderung, sich aktiv gegen menschenfeindliches Denken und Handeln einzusetzen. Oft stehen Berührungängste und Verhaltensunsicherheit der Auseinandersetzung im Weg.

Mit dem Programm „Demokratie gewinnt! In Brandenburg!“ ist nun ein Anfang gesetzt. Die Fortbildungen und Seminare haben 200 Personen erreicht; 18 von ihnen haben die gesamte Ausbildung zum Demokratieberater durchlaufen. Die Ausbildung bot den Teilnehmenden Raum, Beratungssituationen zu trainieren und sich Gedanken über die Möglichkeiten und Grenzen des eigenen Tuns zu machen. Durch ihre Teilnahme haben sie ihren Willen zur Veränderung und zur Mitgestaltung ihres Arbeitskontextes unter Beweis gestellt und Kompetenzen unter anderem in den Bereichen Konfliktlösung, Gesprächsführung, interkulturelle Kommunikation und Moderationstraining erworben. Somit sind sie nun als BeraterInnen und MultiplikatorInnen für andere identifizierbar und können sich selbst als solche einbringen.





Folgeredner **René Lenz** von der **Diakonie Mecklenburg-Vorpommern** stellte einen Erfahrungsbericht zum Umgang mit rechtsextremen Vorfällen in diakonischen Einrichtungen vor. Obwohl es ihm zufolge keine goldene Regel oder Schablone für das richtige Vorgehen gibt, ist seine Erfahrung unter dem Motto „Informationen beschaffen und Ruhe bewahren“ zusammenzufassen. Dies trifft sowohl auf Vorfälle auf der Mitarbeitenden- als

auf der Klientenebene zu.

Lenz führte mehrere Beispiele dafür an, wie in seinem Landesverband bei rechtsextremen Vorfällen verfahren wurde. Im Bereich der Jugend- und Familienbetreuung ist darauf zu achten, ob es sich um oberflächliche oder gefestigte rechtsextreme Einstellungen handelt. Im ersten Fall soll bei Bildungslücken angesetzt und historisches Hintergrundwissen zum Nationalsozialismus vermittelt werden. Sehr früh muss eingegriffen werden, wenn organisierte Rechtsextreme Betreuungs- und Fürsorgefunktionen übernehmen. Generell plädierte Lenz dafür, sich externe professionelle Hilfe von Beratungs- und Informationsstellen gegen Rechtsextremismus zu suchen.



In seinem Vortrag „Was zu tun ist: Die Zivilgesellschaft in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ analysierte der **Journalist und Rechtsextremismusexperte Toralf Staud** die Differenzierung und Modernisierung der extremen Rechten. Er formulierte Positionierungs- und Handlungsempfehlungen für den Umgang mit Rechtsextremismus in der Praxis.

Das klischeehafte Bild des Rechtsextremen, geprägt durch Springerstiefel, Glatze und Bomberjacke, ist endgültig passé. Die Szene hat sich in den vergangenen 15 Jahren erheblich gewandelt. Linke bzw. alternative Codes oder Praktiken werden imitiert und gewendet. Mit verschiedenen audiovisuellen Mitteln, unter anderem der HipHop-Kultur oder der Hipsterästhetik entlehnt, platzieren rechtsextreme Gruppen ihre Botschaften auf Video- und Social Media-Plattformen.

Staud präsentierte ein Video der Gruppe „Die Spreelichter“ als Beispiel für moderne völkische Propaganda. Strategisch klug werden Versprechen von Zugehörigkeit, Selbstwirksamkeit und Sinnstiftung an Jugendliche gerichtet. In dem Video ist ein Fackelmarsch durch die Stadt Bautzen inszeniert. Die Teilnehmenden tragen an die „Anonymous“-Bewegung erinnernde Masken. Botschaften wie „Auf dich kommt es an“ werden

mit völkischer Ideologien verknüpft, die „rassische“ Homogenität und Überlegenheit propagieren. Das Mitwirken in der Bewegung wird als Teil eines Überlebenskampfes präsentiert.

Staud zufolge ist diese Art der Mobilisierung wesentlich wirksamer als beispielsweise jene der NPD. Zwar ist diese weiterhin aktionsfähig und erfüllt aufgrund ihres Parteienstatus eine wichtige Funktion, indem sie Infrastruktur und Ressourcen für die Szene zur Verfügung stellt. Jedoch hat es eine Gewichtsverschiebung hin zu den autonomen Nationalisten und den Kameradschaften gegeben. Für diese sind die NPD und andere rechtsextreme Parteien lediglich Mittel zum Zweck.

In seinen Ausführungen zum Umgang mit Rechtsextremismus in der Praxis wies Staud darauf hin, dass geschichtliche Aufklärung im Falle rechtsextremistischer Jugendlicher an ihre Grenzen stößt. Diejenigen, die in ihrem Weltbild bereits gefestigt sind, verfügen über erhebliches historisches Wissen und bewerten den Nationalsozialismus und die Shoah entsprechend ihrer Ideologie als positiv. Im Umgang mit rechtsextremen Mitarbeitenden oder KlientInnen müssen klare Grenzen gezogen werden, was nicht mit Ausgrenzung gleichzusetzen ist. Ohne klaren Standpunkt ist es nicht möglich, effektiv gegen Rechts zu arbeiten:

„Sie können mit Leuten nicht ernsthaft diskutieren, [...] sie nicht in Frage stellen, wenn Sie nicht selbst eine [...] klare, demokratische, pluralistische Grundhaltung [vertreten], die auch Grenzen zieht und sagt, das und das gehört nicht in meine Einrichtung [...] Wie man in letzter Konsequenz mit den Leuten umgeht, ist eine andere Frage. Aber erstmal Verständnis für jeden zu zeigen, [...] damit werden Sie nicht weit kommen, wenn Sie nicht klar sagen, bestimmte Dinge gehören sich nicht zu tun, und auch nicht zu denken.“

Staud rief dazu auf, genau hinzuschauen, wo unterschwellig Ideen und Teilelemente extrem rechten Denkens vertreten werden. Die Grenzen zu konservativen oder mehrheitsgesellschaftlichen Diskursen sind häufig nicht klar zu ziehen. Die Idee, ein Volk müsse „rassisch“, ethnisch oder kulturell homogen sein, ist beispielsweise anschlussfähig an die Debatte um eine deutsche Leitkultur. Ebenso ist aufzuhorchen, wenn autoritäre Politikkonzepte oder traditionelle, sexistische Familien- und Geschlechterbilder vertreten werden.

In der anschließenden Diskussion wurde darauf eingegangen, dass in dem Video der „Spreelichter“ ein rechtsextremistisches Weltbild als eine Art Ersatzreligion fungiert. Das Ewigkeitsversprechen „Werde unsterblich“ bietet einen überindividuellen Lebenssinn an. Dieser Tendenz müssen andere Werte und sinnfüllende Perspektiven entgegengesetzt werden. Die Diakonie muss sich dieser Aufgabe stellen und klare menschenrechtliche Wertestandards formulieren.



Nach der gemeinsamen Mittagspause präsentierte **Christoph Victor**, Bereichsleiter Theologie des **Diakonischen Werks der evangelischen Kirche in Mitteldeutschland** das Projekt „Demokratie gewinnt! In Sachsen-Anhalt und Thüringen!“. Einige der 30 ausgebildeten MultiplikatorInnen berichteten in einer von der Projektleiterin, **Michaela Seitz**, moderierten Podiumsdiskussion über ihre Erfahrungen. Sie beschrieben ihre Motivation, Demokratie in der Praxis umzu-

setzen zu lernen und gegen Diskriminierung und Marginalisierung zu arbeiten. Auf die Frage, wie das Gelernte zur praktischen Anwendung kommt, wurden Projektwochen in der Jugendverbandsarbeit und Patenschaften zwischen geflüchteten und deutschen Kindern an Schulen genannt.



Außerdem sind eine Netzwerkgründung und fortlaufende kollegiale Unterstützung geplant sowie die Gründung einer Fachgruppe innerhalb der Kirchenkreisdiakonie im Jahr 2016.

Für die **Diakonie Sachsen** sprach anschließend **Michael Zimmermann**, Direktor der



Diakonischen Akademie für Fort- und Weiterbildung, in Vertretung für Nora Köhler mit Demokratiestifterin **Cornelia Heidrich**. Sie führte aus, dass es ihr in ihrer neuen Funktion darum geht, Menschen dazu zu befähigen, einen demokratischen Standpunkt zu vertreten. Hinter rassistischen Aussagen und Standpunkten verbergen sich häufig persönliche Probleme wie Unzufriedenheit über die eigene Arbeitslosigkeit oder fehlende Bildung, die bearbeitet werden müssen. Im Anschluss stellte **Katrin Sawatzky** das Programm „**My rights, my voice**“ vor. Menschen mit Behinderung und Lernschwierigkeiten werden hier zur UN-Behindertenkonvention geschult und ausgebildet, TrainerInnen in eigener Sache zu sein.



Den abschließenden Programmpunkt bildete ein Vortrag von **Dr. habil. Hilke Rebenstorf**. Die Soziologin vom **Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD** referierte zu Zusammenhängen zwischen Religiosität und Rechtsextremismus bzw. Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Studien haben widersprüchliche Befunde zu diesen Zusammenhängen aufgezeigt. Dies nahm die EKD zum Anlass, eine eigene, mehrstufig angelegte Studie durchzuführen. Zuerst werden existierende Untersuchungen gesichtet und deren Datensätze sekundäranalytisch ausgewertet. Darauf wird eine eigene qualitative Studie folgen, mit deren Durchführung ein externes wissenschaftliches Institut beauftragt ist. Sichtung und Sekundäranalyse sind bereits abgeschlossen.

Laut Rebenstorf liefern existierende Studien widersprüchliche Ergebnisse zum Zusammenhang von Religiosität und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Die 2005 als Artikel unter dem Titel „Riskanter Glaube?“ veröffentlichte Untersuchung von Beate Küpper und Andreas Zick beispielsweise legt nahe, dass gemäßigt religiöse Menschen am meisten zur Abwertung Anderer neigen. Konfessionslose dagegen sind der Untersuchung zufolge resistenter gegen Vorurteile. Andere Studien verweisen darauf, dass Religiosität zwar verstärkend auf Homophobie, Sexismus und Rassismus wirkt. In Bezug auf Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit ist dies jedoch nicht festzustellen; eine geringere Feindseligkeit ist gegenüber sozial Schwachen zu verzeichnen. Rebenstorf erläuterte, dass die verschiedenen Erhebungsverfahren, denen unterschiedliche Indikatoren für Religiosität zugrunde liegen (z.B. Konfessionszugehörigkeit oder Selbsteinschätzung von Religiosität), schwer vergleichbar und anfällig für Verzerrungen sind.

Die zentrale Frage sei, unter welchen Bedingungen Religiosität Vorurteile befördern oder vor ihnen schützen könne. Um dem auf den Grund zu gehen, soll Religiosität in der neuen Studie der EKD differenzierter untersucht werden. Es wird eine genauere Analyse von Theologie, Dogma, konkreten Glaubensinhalten, dem religiösen Umfeld und anderen Indikatoren durchgeführt. Ziel der Studie ist es zu identifizieren, was Kirche an welchen Stellen tun kann, um Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu minimieren.

In der an den Vortrag anschließenden Diskussion wurde das Problem diskutiert, dass es in der deutschsprachigen Sozialwissenschaft an ForscherInnen fehlt, die über fundierte Kenntnisse sowohl von Theologie und kirchlichen Zusammenhängen als auch von Rechtsextremismus verfügen. Dabei sind erstere für die Erforschung von Rechtsextremismus von großer Bedeutung – da Rechtsextremismus auch ein Sinnangebot macht. Rebenstorf führte darüber hinaus aus, dass Religiosität sich dann negativ auswirkt, wenn sich ein Wahrheits- und Absolutheitsanspruch mit der Abwertung anderer Positionen verbindet. Dass dies geschieht, steht jedoch in einem probabilistischen, nicht einem deterministischen Zusammenhang.

Kontakt und Information

Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

Henning Flad

Zentrum Migration und Soziales
Telefon +49 30 652 11-1777
henning.flad@diakonie.de

www.diakonie.de